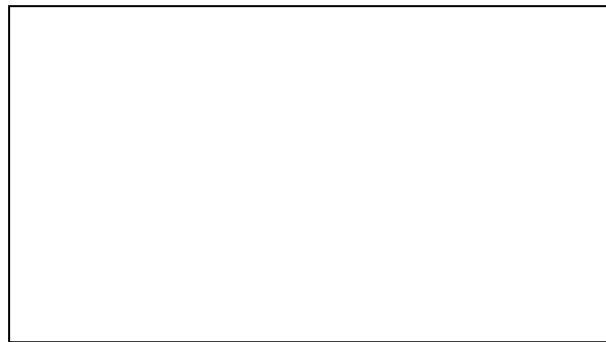


Ehrenamtliche. Anspruch auf Beförderung?

Viele bisherige Unklarheiten hat die neue LVO für die ehrenamtlichen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr beseitigt. Dennoch bleiben Fragen im Bereich der Beförderung, die sich jedoch durch allgemeine Rechtsgrundsätze beantworten lassen.

Für einen großen Teil der ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen hat der Dienstgrad eine erhebliche Bedeutung. Ein höherer Dienstgrad wird zu Recht als Anerkennung ehrenamtlichen Engagements und Erreichen eines weiteren Ausbildungsziels gesehen.



Dienstgradabzeichen sind auch ein Zeichen für Ausbildungsstand und Engagement

Ein höherer Dienstgrad wird nach § 11 Abs. 1 LVO durch Beförderung erreicht, die auf Dauer ausgesprochen wird. Allein zuständig für die Beförderung ist nach § 1 Abs. 1 S. 2 LVO der Leiter der Feuerwehr. Die Voraussetzungen für die Beförderung zu einem höheren Dienstgrad regelt nach § 12 LVO die Anlage 1 zur LVO.

Es stellt sich die Frage, ob der Feuerwehrangehörige gegenüber dem Leiter der Feuerwehr einen Anspruch auf Beförderung besitzt, wenn er die Voraussetzungen gem. Anlage 1 LVO erfüllt.

Hier sind insgesamt drei Fallgruppen zu unterscheiden.

1. Beförderungen zum Oberfeuerwehrmann, Unterbrandmeister, Brandmeister, Brandinspektor, Brandoberinspektor und Stadtbrandinspektor verlangen die erfolgreiche Teilnahme an einem Ausbildungsabschnitt und das Bestehen einer Laufbahnprüfung.
2. Beförderungen zum Hauptfeuerwehrmann, Oberbrandmeister und Hauptbrandmeister sind möglich, wenn der vorherige Dienstgrad die von Anlage 1 LVO geforderte Zeitdauer innegehabt wurde und der Feuerwehrangehörige sich regelmäßig am aktiven Dienst der Feuerwehr beteiligt hat. Für die Beförderung zum Oberbrandmeister und Hauptbrandmeister ist darüber hinaus die regelmäßige Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen Voraussetzung.
3. Überführung der alten Dienstgrade in die neuen Dienstgrade nach § 23 Abs. 1 LVO.

Zunächst ist festzustellen, dass es keinen Anspruch auf eine Beförderung unmittelbar aus den Vorschriften der LVO gibt¹. In allen drei Fallgruppen kann sich ein Anspruch auf Beförderung jedoch aus anderen Rechtsgrundsätzen ergeben. Erforderlich ist zunächst, dass man sich über den Rechtscharakter einer Beförderung klar wird. Eine Beförderung ist ein begünstigender Verwaltungsakt im Sinne des § 35 VwVfG². Über die Frage, ob er diesen Verwaltungsakt ausspricht, hat der Leiter der Feuerwehr nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden. Eingeräumtes Ermessen dient in erster Linie der Einzelfallgerechtigkeit. Die Ausübung des Ermessens muss fehlerfrei sein.

Das bedeutet bei einem begünstigenden Verwaltungsakt wie einer Beförderung:

- die Voraussetzungen nach Anlage 1 LVO müssen vorhanden sein
- die Entscheidung darf nicht gegen Art. 33 Abs. 2 GG verstoßen
- die Entscheidung darf auch im übrigen nicht gegen Art. 3 GG verstoßen

Verstößt der Leiter der Feuerwehr gegen diese Grundsätze, ist sowohl die Beförderung als auch ihre Ablehnung rechtswidrig. Beförderungen können z.B. dann rechtswidrig sein, wenn die Voraussetzungen –insbesondere hinsichtlich der Lehrgangsvoraussetzungen – nach Anlage 1 LVO nicht vorliegen. Die Ablehnung der Beförderung kann rechtswidrig sein, wenn die Voraussetzungen nach Anlage 1 LVO gegeben sind und der Leiter der Feuerwehr weitere Voraussetzungen verlangt oder gegen die sich aus den Art. 3, 33 GG ergebenden Grundsätze verstößt.

Nach Art. 33 Abs. 2 GG hat jeder Deutsche nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt. Die Beförderung ist eine Ernennung unter Verleihung eines anderen Amtes mit anderer Amtsbezeichnung³. Der Begriff des öffentlichen Amtes in Art. 33 Abs. 2 GG ist weit auszulegen und umfasst auch ehrenamtlich wahrgenommene Ämter in den Gemeinden⁴. Art. 33 Abs. 2 GG verbietet es, bei der Ermessensausübung andere Kriterien als Eignung, Befähigung und fachliche Leistung heranzuziehen⁵.

Allerdings ist insbesondere der Begriff der Eignung ein weitgespannter Begriff, der die ganze Person mit ihren körperlichen, seelischen und charakterlichen Eigenschaften erfasst.

Bei der Frage, ob eine Beförderung auszusprechen ist, kommen als Entscheidungskriterien nach den Art. 3 Abs. 3, 33 Abs. 2 GG nicht in Betracht⁶:

- Geschlecht,
- Abstammung,

¹ Schneider, Laufbahn in der Freiwilligen Feuerwehr Nordrhein-Westfalen, 2. Auflage, § 11 Anm. 1.2.

² § 35 S. 1 VwVfG. Begriff des Verwaltungsaktes.

Verwaltungsakt ist jede Verfügung, Entscheidung oder andere hoheitliche Maßnahme, die eine Behörde zur Regelung eines Einzelfalls auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts trifft und die auf unmittelbare Rechtswirkung nach außen gerichtet ist.

³ Schneider a.a.O., § 11 Anm. 1.1

⁴ Maunz in Maunz/Dürig Kommentar zum Grundgesetz, Art. 33 Rdnr. 11; Jarass/Pierothe, Kommentar zum Grundgesetz Art. 33 Rdnr. 5

⁵ BVerwGE 81, 22/24; 89, 260/265

⁶ vgl. auch Schneider a.a.O. § 11 Anm. 1.2.

- Rasse,
- Glauben,
- religiöse Anschauungen
- politischen Anschauungen – soweit sie mit dem Menschen und Demokratiebild des Grundgesetzes vereinbar sind
- Herkunft.

Darüber hinaus verbietet Art. 3 GG jede willkürliche Entscheidung, also eine Ungleichbehandlung gleicher Sachverhalte ohne sachlichen Grund und führt zu einer Selbstbindung des Leiters der Feuerwehr bei gleicher ständiger Praxis hinsichtlich seiner Beförderungsentscheidungen. .

Bei der Fallgruppe 1 kann sich das Ermessen auf Null reduzieren, wenn die Voraussetzungen nach Anlage 1 LVO gegeben sind. Das heißt, es kann ein einklagbarer Anspruch auf Beförderung bestehen.

Beispiel: Der Oberbrandmeister M hat erfolgreich am Lehrgang F IV beim IDF NRW teilgenommen. Gem. Nr. 9 der Anlage 1 LVO liegen damit die Voraussetzungen für die Beförderung zum Brandinspektor vor. In den vergangenen Jahren sind solche Beförderungen auch immer innerhalb eines Jahres nach Lehrgangsende erfolgt. Mit dem Hinweis, dass es in seinem Ermessen stehe und M ja nicht die Funktion eines Zugführers übernehmen solle, lehnt der Leiter der Feuerwehr die Beförderung ab.

Die Entscheidung des Leiters der Feuerwehr ist rechtswidrig. Es liegt ein klarer Ermessen Fehlgebrauch vor. Denn für die Frage der Beförderung ist wegen § 11 Abs. 2 LVO die Frage der Übernahme einer Funktion nach § 14 LVO unerheblich. Auf Sie kann der Leiter der Feuerwehr seine Entscheidung nicht stützen. Da keine sachlichen Gründe dafür bestehen, M nicht zu befördern und die Beförderung nach Bestehen eines Lehrgangs einer ständig geübten Praxis unterliegt, reduziert sich das Ermessen des Leiters der Feuerwehr auf Null. Er ist verpflichtet die Beförderung auszusprechen. Bei einer Ablehnung kann der Leiter der Feuerwehr durch Verpflichtungsklage gem. § 42 Abs. 1 VwGO vom Verwaltungsgericht hierzu verpflichtet werden.

In der Fallgruppe 2 besitzt der Leiter der Feuerwehr ein umfangreicheres Ermessen. Denn hier hat er zusätzlich zu prüfen, ob der Feuerwehrangehörige regelmäßig am aktiven Dienst bzw. an Fortbildungsveranstaltungen teilgenommen hat. Hier steht ihm ein Beurteilungsspielraum zu, den er allerdings im Hinblick auf Art. 3 GG gleichmäßig auszuüben hat.

Beispiel: Die Brandmeister M und K sind beide vor 2 Jahren befördert worden. Der Leiter der Feuerwehr lehnt eine weitere Beförderung des K zum Oberbrandmeister ab, da dieser lediglich zu 30 % am Übungsdienst teilgenommen und nur eine Fortbildungsveranstaltung besucht hat. M hingegen war bei 80 % aller Übungen anwesend und hat an allen Fortbildungsveranstaltungen teilgenommen und die Funktion eines Gruppenführers übernommen.

Die Entscheidung des Leiters der Feuerwehr ist nicht zu beanstanden. Sie knüpft an sachliche Unterscheidungskriterien. Bei der Beurteilung, ob der Feuerwehrangehörige regelmäßig am aktiven Dienst teilgenommen hat, steht dem Leiter der Feuerwehr ein erheblicher Spielraum zu.

Die Fallgruppe 3 müsste eigentlich nachdem Inkrafttreten der LVO vor über 1 ½ Jahren erledigt sein. Nach § 23 Abs. 1 LVO sind die vor dem Inkrafttreten der Verordnung erreichten Dienstgrade in die neuen Dienstgrade nach Anlage 1 LVO zu überführen. Innerhalb der Fallgruppe 3 ist dabei allerdings nochmals zu differenzieren.

Die bisherigen Dienstgrade Feuerwehrmann, Oberfeuerwehrmann, Unterbrandmeister, Brandmeister und Oberbrandmeister bleiben erhalten, ohne dass der Leiter der Feuerwehr tätig werden muss. Zu berücksichtigen ist lediglich, dass dem Unterbrandmeister ggf. ein neues Dienstgradabzeichen nach Anlage 2 LVO auszuhändigen ist.

Ob nach der neuen LVO jemand zum Hauptfeuerwehrmann oder zum Hauptbrandmeister ernannt wird, ist eine Entscheidung, die der Leiter der Feuerwehr unter den gleichen Voraussetzungen wie in der Fallgruppe 2 prüfen muss. Denn hier handelt es sich um eine echte Beförderung, also einen Verwaltungsakt. Dem Leiter der Feuerwehr steht mithin das für die Fallgruppe 2 beschriebene Ermessen zu.

Auf die Überführung in die neuen Inspektor-Dienstgrade besteht für diejenigen ein Rechtsanspruch, die die Voraussetzungen bereits nach alter LVO hatten. Ein Ermessen steht hier dem Leiter der Feuerwehr nicht zu. Die bisherigen „Hauptbrandmeister-Dienstgrade“ sind daher in die neuen „Inspektor-Dienstgrade“ zu überführen⁷. Da es diese Dienstgrade bisher nicht gegeben hat, müssen für die Dienstgradübertragung nur der erfolgreiche Abschluss der in Anlage 1 Nr. 9-11 genannten Lehrgänge vorliegen.

Die Ablehnung einer Beförderung kann nach erfolglosem Widerspruchsverfahren hinsichtlich des Vorliegens von Ermessenfehlern in vollem Umfang verwaltungsgerichtlich überprüft werden. Im begründeten Einzelfall kann der Leiter der Feuerwehr zur Beförderung mit der Verpflichtungsklage gem. § 42 VwGO gezwungen werden.

Ralf Fischer

⁷ Schneider a.a.O. § 23 Anm. 3.2.3; Fischer, DER FEUERWEHRMANN 2002, 57